

Bezugspreise:

Vom 1. - 30. Sept. 20 Millionen Mark vorwärts zahlbar. Unter Kreuzband vom 21. - 23. September für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet sowie Österreich u. Burenburg 21 700 000 M., für das übrige Ausland 23 000 000 M. Postbezugspreis freibleibend.

Der „Vormittag“ mit der Sonntagsbeilage „Woll und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Siedlung und Kleingarten“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Leitungswort: „Sozialdemokrat Berlin“

Morgenworts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295 Verlag: Dönhofs 2506-2507

Mittwoch, den 26. September 1923

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Postkontonr.: Berlin 375 36 - Bankkontonr.: Direktion der Postkontogesellschaft, Postfach 10000, Lindenstraße 3

Anzeigen-Grundpreise:

Die einseitige Anzeigenzeile 400 Mark, Reklamzeile 3000 Mark. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 120 M. (gütlich zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 M. Stellungnahme des ersten Wort 60 M., jedes weitere Wort 30 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Anzeigen 20 M. Die Grundpreise mal Schlüsselzahl kurzzeit 30 000.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Postfach 10000, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Abbruch des Widerstandes. Endgültiger Beschluß der Reichsregierung.

Die Reichsregierung wird die Bevölkerung der besetzten Gebiete in einem Aufruf zur Wiederaufnahme der Arbeit aufzureden. Der Aufruf dürfte nochmals in Kürze die einzelnen Klappen der Ruhrbesetzung behandeln und der Bevölkerung den Dank der Regierung für die in den letzten neun Monaten gebrachten Opfer zum Ausdruck bringen. Es ist geplant, die Rundgebung des Kabinetts mit einem Aufruf der rheinischen Parteiführer zu verbinden.

Ueber die gestrige Konferenz des Reichskanzlers mit den Ministerpräsidenten der deutschen Länder wurde durch WTB ein bereits im größten Teil der Abendausgabe veröffentlichter halbamtlicher Bericht verbreitet, aus dem wir folgendes nachtragen:

Nach einer Darlegung des Reichskanzlers brachten die Vertreter der Länder ihre Auffassung zum Ausdruck. Es ergab sich vollkommene Übereinstimmung darüber, daß der passive Widerstand aus innerpolitischen, vor allem finanziellen Gründen abgebrochen werden muß. Ebenso war man übereinstimmend der Ansicht, daß es Pflicht und Aufgabe der Reichsregierung sei, den Abbruch des passiven Widerstandes in einer der Würde und Ehre des deutschen Volkes entsprechenden Weise vorzunehmen.

Gegenüber etwaigen Versuchen, die Einheit des Reichs anzuzweifeln, erklärten alle verantwortlichen Leiter der deutschen Länder ihren festen Willen, die Einheit des Reiches als unantastbares Gut der Nation zu bewahren und zu verteidigen.

Gestern Dienstag nachmittags versammelten sich die Führer der Reichstagsfraktionen im Reichskanzlerhaus. Ueber diese Zusammenkunft wird gemeldet:

Der Reichskanzler führte aus, welche innenpolitischen und finanziellen Beweggründe die Reichsregierung zu ihrer von den Vertretern der besetzten Gebiete gebilligten Auffassung gebracht haben, daß der passive Widerstand aufgehoben werden müsse. Er hob dabei hervor, daß die schweren Opfer der Bevölkerung an Rhein und Ruhr in den letzten neun Monaten nicht umsonst gebracht worden seien, daß aber die durch sie geschmiedete wirksame Waffe des passiven Widerstandes sich gegen das deutsche Volk selbst zu wenden drohe. Aus den finanziellen Verhältnissen des Reiches, deren zwingendes Fiktum man sich nicht länger entziehen könne, müsse man die Folgerungen ziehen und den passiven Widerstand beenden. Die Fraktionsführer schlossen sich diesen Auffassungen des Reichskanzlers an mit Ausnahme des Führers der Deutschnationalen Volkspartei, der den passiven Widerstand durch schärfere Maßnahmen zu übertrumpfen wünschte.

Ueber die Parteiführerbesprechung berichtet der „Soz. Parlamentsdienst“ nach:

Die äußerste Rechte mußte auch hier aus den gegenwärtigen Verhältnissen keinen anderen Ausweg, als die Proklamation eines aktiven Widerstandes im Ruhrgebiet. Bezeichnend ist, daß in der am Montag abgehaltenen Besprechung der Regierung mit den Abwehranschlüssen Abg. Kerckhoff als Vertreter der Deutschnationalen den aktiven Widerstand im Ruhrgebiet forderte. Es handelt sich um den gleichen von Kerckhoff, gegen den heute noch ein Verfahren wegen Steuerhinterziehung schwebt und der mit eigenen Augen das Ruhrgebiet im Verlauf der letzten neun Monaten nie gesehen haben dürfte. Er ist also glänzend geeignet, für die Fortsetzung des Widerstandes Propaganda zu machen, da dank der Steuerhinterziehung der Deutschnationalen und ihrem Einfluß auf die Politik der Regierung Cuno der Abwehrkampf an der Ruhr ohne positives Ergebnis zugunsten Deutschlands zu Ende geführt werden mußte.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat gestern, Dienstag nachmittags, zur Besprechung der allgemeinen politischen Lage zusammen. Genosse Hermann Müller erstattete Bericht über die von ihm in der Zwischenzeit geführten Verhandlungen mit der Regierung. Die Fraktion vertagte sich dann auf heute, Mittwochvormittag 9 Uhr.

Ruhe in Bayern.

München, 25. September, 10 Uhr abends. (Eigener Drahtbericht.) Hier herrscht ungestörte Ruhe, und es bestehen auch keine Anzeichen, daß das anders werden sollte. Auch aus dem Lande fliegen keinerlei Anzeichen vor. Die aus der WTB-Meldung über die Berliner Konferenz der Ministerpräsidenten hervorgehende Zustimmung auch Kullings zur Politik der Reichsregierung dürfte die Aufrechterhaltung der Ruhe sichern, insbesondere dann, wenn seine bayerischen Ministerkollegen seine Haltung billigen, was doch anzunehmen ist, da er wohl vor seiner Reise mit dem Kabinett beraten haben wird.

Das Echo im besetzten Gebiet.

Köln, 25. September. (Wib.) Die „Rheinische Zeitung“ sagt zur Einstellung des passiven Widerstandes u. a.: „Das Aufgeben des passiven Widerstandes ist ja nur der Schritt der Reichsregierung,

der Frankreich und Belgien das letzte Recht nimmt, sich einer vernunftgemäßen Regelung der Dinge zu entziehen.“

Das Zentrumblatt, die „Rheinische Volkszeitung“, drückt die Hoffnung aus, daß das deutsche Volk Ruhe und Würde, deren wir jetzt dringend bedürfen, bewahren möge. Nur Frankreich könne das erlösende Wort sprechen, denn nunmehr nach der Einstellung des passiven Widerstandes sei die Gelegenheit, die letzte, dazu gegeben.

Das Organ der Sozialdemokratie, die „Rheinische Zeitung“, bemerkt, daß die Regierung Stresemann so verantwortungsvoll gehandelt habe, wie sie habe handeln müssen. „Wir sehen den kommenden Verhandlungen mit dem vollen Bewußtsein entgegen, daß sich hier das Schicksal Europas entscheiden werde. Friede oder Krieg. Es liegt an Frankreich, was kommen mag. Wir bleiben mit der deutschen Republik verbunden, weil sich Bestimmungen nie dergestaltigen lassen.“

Die Kommunisten

lassen augenblicklich im ganzen besetzten Gebiet des Westens ein in Berlin gedrucktes Flugblatt verteilten, das die Aufgabe des passiven Widerstandeserrat am deutschen werktätigen Volk nennt, denn sie bedeutet den Beginn der Loslösung des Rhein- und Ruhrgebietes von Deutschland. Sie sei der Versuch, das rheinisch-westfälische Proletariat vom deutschen Proletariat zu trennen. Die Kommunistische Partei rufe die werktätige Bevölkerung auf, die Vorbereitungen zum Massenprotest gegen die Unterwerfung unter den Imperialismus zu treffen. Die Regierung der Kapitulation und der Ausbeuter, die Regierung Stresemann-Hilferding, müsse hinweggefegt und von einer Arbeiter- und Bauernregierung ersetzt werden.

Die Sonderbündler

beabsichtigen nach übereinstimmenden Mitteilungen der Kölner Presse für nächsten Sonntag in Düsseldorf die Proklamation der Rheinischen Republik. Eine interne Vertrauensmännerversammlung des Rheinischen Unabhängigkeitsbundes habe am 15. d. M. in Düsseldorf entsprechende Beschlüsse gefaßt. Einer der Führer der Sonderbündlerbewegung habe mitgeteilt, daß zu der Düsseldorf-Verammlung am 30. September mehr als 70 Regiezüge von den Franzosen gestellt würden und daß bereits 100 000 Anmeldungen vorlägen. Unmittelbar im Anschluß an die Versammlung soll zur Tat geschritten werden. Etwa um 5 Uhr nachmittags will man dem General Degoutte eine vom Generaldirektorium des Unabhängigkeitsbundes aufgelegte Proklamation überreichen und nach einer zugehenden Antwort des Generals soll dann die Rheinische Republik ausgerufen werden. Einzelne Gruppen der anwesenden Ortschaften seien schon für diese Versammlung eingeteilt. Sie hätten schon den Befehl, mit aller Schärfe gegen Gegendemonstrationen vorzugehen und, wenn der Gummistempel nicht ausreicht, soll von der Schußwaffe Gebrauch gemacht werden.

Siegesfeier.

Essen, 25. September. (Wib.) Heute fand den ganzen Vormittag französisches Artilleriegeschossen aus schweren Geschützen statt.

Großzügige Volksspeisungsaktion.

Beschluß des preussischen Kabinetts.

Der Amstliche Preussische Pressedienst teilt mit: Das Preussische Staatsministerium befahl sich in einer außerordentlichen Sitzung am Dienstag abend in eingehenden Beratungen mit der politischen und wirtschaftlichen Situation. Im Rahmen der politischen Debatte gab der Minister des Innern die Erklärung ab, daß er die Frage, ob die Ruhe und Ordnung in Preußen gegen Anreizleistungen von links und rechts hinreichend gesichert seien, zweifellos bejahen könne.

Bei Beratung der Wirtschaftsverhältnisse wurde der schärfste Nachdruck auf die Diskussion der Möglichkeit einer Verbesserung der Ernährungslage gelegt. Uebereinstimmend wurde die Notwendigkeit anerkannt, durch schnelle Organisation von Volksspeisungen weitestens Umfangs den nothleidenden Kreisen der Bevölkerung in ihrem immer schwieriger werdenden Existenzkampf nach Möglichkeit hilfreich zur Seite zu treten. Alle irgendwie zur Durchführung dieser Volksspeisungsaktion geeigneten kommunalen und privaten Organisationen sowie technische Mittel sollen zusammen mit den staatlichen Hilfsmitteln in größtmöglichem Umfang eingesetzt werden.

Das Preussische Staatsministerium wird sich in Kürze an die leistungsfähigen Kreise der Bevölkerung mit dem Aufruf wenden, die bevorstehende Aktion durch große Spenden an Geld und Lebensmitteln zu stärken.

Markbesserung in New York.

An der gestrigen New Yorker Börse schloß die Mark mit dem Geldkurs von 121,95 Millionen und dem Briefkurs von 119,10 Millionen für einen Dollar ab. Die Berliner Markbesserung ist also auch in New York eingetreten.

Epilog.

Zum Abbruch des passiven Widerstandes.

Der weltgeschichtliche Kampf an Ruhr und Rhein zwischen den Bajonetten und den gekreuzten Armen ist zugunsten der Bajonette entschieden. Die angreifende Gewalt triumphiert über die moralischen Kräfte einer unbewaffneten Verteidigung. Die arbeitenden Völker, die aufrichtigen Friedensfreunde der ganzen Welt stehen am Grab einer großen Hoffnung. Denn ein offener, allen sichtbarer Erfolg des waffenlosen Widerstandes über die bewaffnete Invasion hätte geradezu eine Weltwende, den Anbruch einer neuen Geschichtsperiode bedeutet. An dem Tag, an dem der passive Widerstand aufgegeben werden muß, ohne einen solchen Erfolg erzielt zu haben, strahlt der Triumph des französischen Militarismus in hellem Licht. Aber es wird dunkler in Europa.

Sieht man von kleineren Anfängen wie dem sinnlosen Widerstand in der Vera Bobrikow und dem Generallist gegen den Rapp-Putsch ab, so erscheint der Ruhrkampf als etwas ganz Neues, als eine Art von Krieg, für den noch keine Lehrbücher der Strategie und Taktik geschrieben sind. Aus seiner Geschichte wird Wertvolleres zu lernen sein als aus allen Generallistberichten über vergangene Kriege. Und diese Lehren werden von außerordentlicher Wichtigkeit gerade auch für die Arbeiterklasse sein, deren Waffe im Klassenkampf, die Verweigerung der Arbeitskraft, hier zum erstenmal bei einer weltgeschichtlichen Auseinandersetzung eine entscheidende Rolle gespielt hat.

Es war ein Unglück, daß dieser Kampf unter der Leitung einer Regierung geführt wurde, in der die Sozialdemokratie nicht vertreten war. Denn die besten, geschulten Soldaten dieses neuen Krieges waren die sozialdemokratischen und die gewerkschaftlich disziplinierten Arbeiter, sie waren es, die von solchen Dingen das meiste verstanden. Die Generäle aber, das heißt die leitenden Männer des Reichs, traten an ihre neuartige Aufgabe ohne jede Erfahrung heran, was zur Ursache dafür wurde, daß sie sich zu den schlimmsten Naivitäten verhalten ließen. Sie sahen im Ruhrkrieg viel zu sehr einen Krieg alten Stils und führten ihn selbst als solchen schlecht, da sie den Satz Montecuccolis, daß man zum Krieg führen drei Dinge brauche — Geld, Geld und nochmals Geld — außer acht ließen.

Indes gebietet die Gerechtigkeit, folgendes anzuerkennen: Der passive Widerstand konnte nur dann Erfolg haben, wenn besondere Umstände eintraten, die ihm dazu verhelfen. So wenig man einen Feind dadurch schlagen kann, daß man ihm den Eintritt in eine von ihm belagerte Festung verweigert, so wenig kann man eine Invasionsarmee durch den passiven Widerstand allein zum Abzug bewegen. Irgend etwas mußte kommen, ein Entschluß von außen in irgendwelcher Form, wenn der gewünschte Erfolg erzielt werden sollte.

Ein solcher Entschluß war denkbar in Gestalt eines innerpolitischen Umschwunges in Frankreich oder einer Intervention dritter Mächte. Je nach ihrem Grade konnten der innere Umschwung oder die äußere Intervention ein völliges Einlenken des Angreifers oder eine gewisse Mäßigung seines Verhaltens zur Folge haben. Auf einen Umschwung in Frankreich war angesichts der Schwäche der dortigen, vom Kommunismus gespaltenen Arbeiterbewegung nicht zu rechnen. Stärker begründet war jedoch die Hoffnung, daß ein diplomatischer Druck Frankreich zum Einlenken bewegen könnte.

Niemand konnte voraussehen, daß England zwar den Ruhereinmarsch für vertragswidrig erklärte, aber aus Mangel an Kraft oder Willen auf jede wirksame Aktion zum Schutze des Vertrags verzichtete würde. Die ehrenvolle Niederlage, die das wehrlose Deutschland erleidet, kommt nicht überraschend. Eine Ueberraschung aber bedeutet die Niederlage, die England über sich ergehen lassen muß. Dürft wäre es gewesen, von England zu erwarten, daß es aus Sympathie für Deutschland irgend etwas unternehmen würde. Aber aus eigenem Interesse und aus Gründen der Selbstachtung hätte England anders handeln müssen, als es bisher gehandelt hat, wenn ihm nicht die Kraft und der einheitliche Wille gefehlt hätten. Frankreich erscheint in diesem Augenblick als eine Macht, mit der sich keine andere Europas auch nur entfernt messen kann, unter den andern, die in weitem Abstand folgen, erscheint England gerade noch an der ersten Stelle.

Der Abbruch des passiven Widerstandes schafft eine neue Lage. Deutschland gibt einen Weg auf, den es seit acht Monaten gegangen ist, ohne das Ziel aufzugeben, das auf ihm verfolgt wurde: Begrenzung der Reparationslasten auf leistbares, Wiederherstellung der Reichshoheit und Volksfreiheit auf dem Gebiet, das der deutschen Republik durch den Vertrag von Versailles belassen worden ist. Falsch wäre es zu sagen, es sei alles verloren, weil man gezwungen war, eine Waffe wegzugeben, die stumpf geworden war. Denn ein Verzicht auf eine verständige Begrenzung der Reparationsleistungen oder auf die Wiederherstellung der Reichshoheit, auf die Befreiung von militärischer Fremdherrschaft ist einfach eine physische Unmöglichkeit. Kein Deutscher wird ihn aussprechen, und würde



er ihn ansprechen, so würde die Geschichte, der notwendige Gang der Ereignisse diesen unmöglichen Verzicht widerrufen.

Die deutsche Reichsregierung steht also vor der unendlich schwierigen Aufgabe, bei aller Nachtmittel in diplomatischen Verhandlungen zu erreichen, was für das deutsche Volk, nicht zuletzt für die deutsche Arbeiterklasse, eine unmittelbare Lebensnotwendigkeit ist. Sie wird das auch jetzt nicht erreichen können, wenn ihr nicht Einsicht im Lager des Siegers entgegenkommt oder wenn nicht die anderen Mächte, die jetzt mit an den Verhandlungstisch kommen, einflußreich genug sein werden, einen erträglichen Abschluß durchzusetzen. Vor allem aber bedarf sie zur Lösung ihrer schweren Aufgabe der Aufrechterhaltung der Geschlossenheit im Innern.

Man muß schon ein kompletter Narr sein, um zu glauben, jetzt sei die Stunde da, um durch einen Generalstreik die „Weltrevolution“ zu verwirklichen oder durch einen Umsturz von rechts Deutschland zum Befreiungskrieg gegen Frankreich zu machen. Die Arbeiterschaft, die den Kampf des passiven Widerstandes in erster Reihe geführt hat, ist zur bitter schmerzlichen Einsicht gekommen, daß ein Erfolg nicht mehr zu erwarten, der Kampf daher abzubrechen ist. Aus ihren gewerkschaftlichen Kämpfen weiß sie, daß ein solcher Abbruch in voller Ordnung zu erfolgen hat, wenn nicht für alle absehbare Zeit jeder Rest von Kampffähigkeit zerstört werden soll. Sie wird daher dem Verrat- und Kapitulationsgeschrei, das die Kommunisten — nationalisierer als die Nationalisten — jetzt anstimmen, ihr Ohr verschließen, und sie wird nicht generalstreiken, um einen Kampf, dessen vorläufige Aussichtslosigkeit sie erkannt hat, bis zum Weißbluten fortzuführen.

Jeder Kenner der Verhältnisse weiß, daß ein kommunistischer Putz nur die eine Wirkung haben kann, einen viel stärkeren Rechtsputz auszulösen. Dieser Rechtsputz kann nicht allein mit den organisatorischen Mitteln der Arbeiterbewegung verübt oder, wenn er ausbricht, niedergeschlagen werden, es sind dabei vor allem auch alle staatlichen Machtpositionen auszunutzen, die sich die sozialdemokratische Arbeiterschaft erobert hat. Alle deutschen Regierungen — das trifft bis zu einem gewissen Grade sogar auf die bayerische zu, gilt aber für die anderen noch viel mehr — haben ein eigenes Interesse, die staatliche Ordnung gegen einen Umsturz von rechts aufrechtzuerhalten. Der Verwaltungsapparat sieht zu diesem Zweck zur Verfügung, die bewaffnete Macht ist für ihn mindestens zu erheblichen Teilen verwendbar. Es ist die selbstverständliche Regel jedes Kampfes, daß man gegen den Feind alle Mittel einsetzt, die man gegen ihn einsetzen kann. Es wäre geradezu idiotisch und selbstmörderisch, wenn wir in der Stunde der höchsten Gefahr irgendjemanden zurückstoßen wollten, der mit uns die Republik ehrlich zu verteidigen gewillt ist.

Man hat den Kampf, in dem sich durch den Abbruch des passiven Widerstandes ein bedeutsamer Abschnitt geschlossen hat, mit dem Weltkrieg verglichen. Dieser Vergleich trifft jedoch nur in beschränktem Umfang zu. Als das Reich Wilhelms II. fiel, jubelte fast die ganze Welt, Hunderte von Millionen Menschen glaubten damals ernstlich, daß damit ein neues glücklicheres Zeitalter angebrochen sei.

Das Freundschießen aber, das die französische Artillerie gestern in Essen veranstaltete, wird in der Welt kein freudiges Echo finden. Zugegeben, es ist eine große Ehrlichkeit des Gegners, daß er seinen Sieg durch den Mund seiner Kanonen verkündet! Sie sind es ja allein, denen er seinen Sieg verdankt. Aber der Ausgang dieses ungleichen Kampfes ist kein Ruhmesblatt für den Sieger, keine Schande für den ehrenvoll Besiegten, keine Hoffnung für die Welt.

Jenseits aller Siege, von denen die Kanonen künden, liegt der Sieg einer großen Idee, die zum Schluß stärker als alle Kanonen ist. Deutschland, die Arbeiterklasse und der internationale Sozialismus sind noch nicht verloren, sie werden es desto weniger sein, je klarer sie erkennen, daß sie zusammengehören. Für ein lebenskräftiges Volk und eine große Sache steht immer noch

hinter den Bergen eine Sonne, die eines Morgens aufgehen wird.

Halte in diesen schweren Tagen fest zur deutschen Sozialdemokratie und zur deutschen Republik!

### Vom deutschnationalen Kriegspfad.

Es war zu erwarten, daß der Abbruch des passiven Widerstandes die ganze deutschnationalen Presse in Fieberstimmung bringen würde. Sie hat seit Monaten durch dunkle Drohungen die endlose Fortsetzung des Ruhrkampfes zu erzwingen gesucht und bei dem Kabinett Cuno auch freundwillige Ohren gefunden. Erst als durch das neue Reichskabinett und besonders durch den Finanzminister die ganze Größe des Finanzelends bloßgelegt wurde, das durch die endlosen Millionen, Milliarden und Billionen der Ruhrkredite hervorgerufen war, erst da ist die Notwendigkeit des Abbruchs aller Welt klar geworden. Nur die Deutschnationalen, und nicht zu vergessen ihre kommunistischen Bundesgenossen, halten in diesem Augenblick die Fortführung des Ruhrkampfes für notwendig und wollen ihn gar durch „Aktivierung“ vertiefen.

Die Tatsache, daß ausgerechnet der Führer der Deutschen Volkspartei als Reichsfinanzminister den Entschluß zum Abbruch gefaßt hat, veranlaßt die treuen Patrioten im Lager der Deutschnationalen zu häßlichen Verdächtigungen Stresemanns, der, bevor er in die Regierung eintrat, doch immerhin noch halbwegs als „national zuverlässig“ galt. Jetzt verdächtigt man ihn, er habe durch eine geschickte Auswahl der aus dem Ruhrgebiet Herbeigerufenen und durch eine besondere Art der Fragestellung sich ein günstiges Votum gesichert. Die Feststellung der Regierung, daß die besagten Vertreter des besetzten Gebietes dieselben seien, die schon Cuno befragte, als der passive Widerstand beschlossen wurde, wird von der deutschnationalen Presse schamig übergangen.

Dafür schickt man dem Kanzler offene und andere Briefe. Eine „Studentenschaft“ aus dem besetzten Gebiet protestiert dagegen, daß sie nicht zu den Beratungen hinzugezogen wurde, da sie doch in vorderster Reihe im Ruhrkampf stehe! Der „Pommersche Landbund“, eine besondere Abspaltung der Deutschnationalen, richtet an Stresemann einen langen Appell, in dem er behauptet, daß ein Friedensvertrag tatsächlich nicht mehr bestünde, und daß Deutschland den Krieg noch nicht verloren habe, ihn allerdings noch verlieren könne. Zwar versichert der Landbund, daß niemand im Reich den Kanzler um seine schwere Verantwortung beneide, aber: „Um für die unsagbar schwere Führung der Geschäfte die notwendige Freiheit und ungehemmte Kraftentfaltung der Regierung in die Hand zu legen, forderten wir die Krefte des Volkes eine unbedingt auf nationaler Grundlage stehende Diktatur.“

Das ist also des Pudels Kern! Und der Casus macht nicht einmal lachen. Ebenso wenig wie der Umstand, daß der Leiter der deutschnationalen Pressestelle in den Wäldern seiner Partei zur Bildung eines „Blocs der Rechten“ auffordert. Die Deutschnationalen hätten, so sagt dieser Herr, nicht die Absicht, aus den grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten innerhalb anderer Parteien etwa Vorteile für ihre Politik zu suchen. Sie rechnen auch nicht mit Uebertritten zu ihrer Partei, aber der Block der Rechten sei das Gebot der Stunde!

Auf diese Art will man die Deutsche Volkspartei und gewisse Teile des Zentrums umschmeicheln, um sie für die „nationale Diktatur“ einzufangen. Ihre Hoffnung ist dabei noch Bayern. Die „Kreuzzeitung“, die in ihrer Abendausgabe den amtlichen Bericht über die Besprechung des Reichskabinetts mit den Ministerpräsidenten der Einzelstaaten noch nicht veröffentlicht, geht voraus, daß „der Widerspruch Bayerns, den sie mit Sicherheit erwartet, unter den Stimmen der meist sozialistischen Ministerpräsidenten ungehört verhallen“ werde. Nach dem amtlichen Bericht ist aber auch dieser bayerische Widerspruch nicht erfolgt, da die Ministerpräsidenten ja einmütig der Meinung waren, daß der Abbau des passiven Widerstandes nicht mehr zu umgehen sei.

Wenn die Deutschnationalen ihren heldenmütigen Kampf gegen die Reichsregierung fortsetzen wollen, so werden sie sich nach einem

neuen Führer umsehen müssen. Denn wenn sogar ihre bayerische Hoffnung zerflattert, was bleibt dann noch übrig?

Die deutschnationalen Fraktion des Reichstages und des Preussischen Landtages, die deutschnationalen Parteileitung sowie die deutschnationalen Vertreter des Reichsrats und Staatsrats haben am Freitag eine Sitzung ab, um zu der neuesten Wendung der politischen Lage Stellung zu nehmen.

### Die Vorgänge in Baden.

#### Deutschnational-kommunistische Fronte.

Aus Baden wird uns geschrieben: Die Vorgänge im badischen Oberlande lassen nun, nachdem es der Laikraft des Innenministers Gen. Kemmels gelungen ist, die Ruhe wieder herzustellen, erkennen, daß es sich um nichts anderes gehandelt hat, als um eine allgemeine Insurrektion der Bauernschaft gegen die neuen Steuern. Der Mittelpunkt der Bewegung war das wohlhabende Großbauerdorf Ruff, das im Amt Eitenhain, zwischen der Eisenbahnlinie Offenburg—Freiburg und dem Rhein, am Elzflus gelegen ist. Das Dorf zählt ungefähr 2000 Einwohner. Seit langem machte sich hier schon die Agitation des deutschnational gerichteten Landbundes bemerkbar, der die Bauern mit allen Mitteln deutschnationaler Demagogie gegen die Landsteuer aufregte. Unterstützt wurde diese Heße durch die Kommunisten. Diese gaben vor, daß sie sich nur an die Kleinbauern und an die Pächter wenden wollten. In Wirklichkeit waren aber die wohlhabenden Bauern die gelehrigsten Schüler der kommunistischen Heßapostel. Die Saat ging aus, als die Ruffter Bauernschaft in Eitenhain vor dem Bezirksamt wegen Regelung der Pachtverhältnisse demonstrierte. Ein Gendarm wurde niedergeschlagen. Als dann nach dem Dorf Ruff Gendarmen entsandt wurde, um die Läter zu verhaften, wurde sie von den Bauern überwältigt und entworfen. Erst der Bereitschaftspolizei gelang es, die Ruhe wieder herzustellen. 25 Schuldige wurden in Haft genommen und die Ablieferung einer großen Anzahl von Waffen durchgefordert.

Die ganze Bewegung zeigt, daß Rechts- und Linksbolschewisten Hand in Hand arbeiten. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß zur Erreichung des Sturzes der gegenwärtigen Staatsordnung zwischen den Kommunisten und den deutschnationalen Nationalisten ein stillschweigendes Abkommen bestanden hat, sich gegenseitig zu helfen. Das Wiesental hat sich z. B. in den letzten Wochen als schlimmer linksbolschewistischer Gefahrenherd entpuppt. Aber gerade dieses Tal wählten die Nationalisten, um große Waffenvorräte anzulegen. In Steinen, Zell und Lodenau hat man große Mengen von Schusswaffen mit der dazu gehörigen Munition entdeckt und beschlagnahmt. Die Waffen waren erst vor kurzem durch bekannte Nationalisten dort versteckt worden. Ein Fabrikant, in dessen Besitz sich große Waffenvorräte befanden, wurde verhaftet. Die Polizei forschte augenblicklich eifrig nach der Herkunft der Waffen. Sie hat bereits eine Spur, die sehr wahrscheinlich zur Entdeckung der Waffenschatulleiten führen wird.

### Die Finanznot der Krankenkassen.

Dem Reichsrat hat der Reichsarbeitsminister den Entwurf einer Notverordnung vorgelegt, wonach die Krankenkassenvorstände die Grundlohngränze aufheben, die Beiträge nach dem wirklichen Arbeitsverdienst bemessen und längere Zahlungsfristen mit erheblichen Verzugsfolgen bestimmen dürfen. Die Notmaßnahme ist eine notwendige Folge der Selbstwertung in der letzten Zeit. Es ist damit zu rechnen, daß die Verordnung schon in den nächsten Tagen in Kraft tritt.

Mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers hat der Preussische Minister für Volkswohlfahrt unterm 19. September 1923 angeordnet, daß alle auf dem Gebiete des Wohnungsmangels bisher erlassenen Anordnungen, insbesondere die auf einen Endtermin befristeten, bis zum 31. Dezember 1923 weiter in Kraft bleiben. Die Anordnung wird in der Preussischen Gesetzsammlung sowie im „Reichs- und Staatsanzeiger“ veröffentlicht.

### Blüte und Elend der Privatschulen.

Von Siegfried Kaueran.

Angeblieh haben wir seit der Revolution die Einheitschule. Im Sinne der „Einheitschule“ entstehen unter Herrn Reichsminister seitdem neben den drei Typen der alten höheren Schule (und ihren Reformabiegern aller Art) die deutsche Oberschule und die Aufbauschule, und für die Mädchen (benen diese 5 Haupt- und sonstigen Nebenwege offen stehen) noch eine Frauenschule, ein Obergymnasium alter Art, ein Obergymnasium neuer Art, ein Lyzeum erster Klasse (nach den Richtlinien vom 21. März 1923) und ein Lyzeum zweiter Klasse (wie es bisher war, ohne Reisezeugnis). Alle diese merkwürdigen Varianten der Einheitschule sind reiner Luxusartikel auf Kosten der Lohn- und Gehaltsempfänger, leben von der Notenpresse; man zahlt 45 000 M. im Vierteljahr und kann vielleicht von dem gesamten Schulgeld eine Nachzahlung für eine Hilfskraft begehren.

Dieser lächerlichen Fülle an Mustern aller Art, wie sie sich aus dem Schemen-Koffer der Philologen ergiebt, steht doch aber die stolze, einheitsliche, festgefügte Grundschule gegenüber, in der vornehmlich 4 Jahre lang lebendige kleine Menschen ohne Rücksicht auf Stand und Würde der Eltern, ohne Rücksicht auf mathematisch-naturwissenschaftliche, sprachliche oder sonstige erklügelte Bewandlungskomplexe belommen sind? Heißt es doch in § 4 des Grundschulgesetzes vom 28. April 1920, daß „Privatunterricht an Stelle des Besuchs der Grundschule nur ausnahmsweise in besonderen Fällen zugelassen werden darf“. Und in der Begründung des Gesetzes sind als solche Ausnahmen angeführt: besonders gefährdeter Gesundheitszustand, außergewöhnlich weite Schulwege oder ähnliche zwingende Umstände. Eine Zeitslang sollte über den Gesundheitszustand kreisärztliches Zeugnis Auskunft geben. Neuerdings ist aber bekanntgeworden, daß laut ministerieller Verfügung vom 23. Dezember 1922 als Bedingung für die Aufnahme des Schulpflichtigen in eine konfessionelle Privatschule ein arbeitsärztliches Zeugnis über gefährdeten Gesundheitszustand nicht mehr nötig ist. Das heißt, wir haben die alte Privatschule in derselben Form als Sammelstätte von Kindern mit deifenskräftigen Eltern wieder eingeführt bekommen, und schon laden Plakate an den Anschlagtafeln Berlins zum Besuch der Privatschulen ein. Ein Beispiel: Charlottenburg hat 8 Privatschulen, 37 Familienschulstellen, 2 Sprachinstitute; in diesen Anstalten werden 1017 grundschulspflichtige Kinder.

Die Privatschulen blühen. Die Familienschulen noch mehr. Hier ist man „unter sich“, fern von der Straßensugend. Und — weit entfernt davon, zu hemmen, manches Bezirksamt, mancher Schulrat, der einst „Volkschullehrer“ war, manche Vertreterin der Lehrerinnenorganisationen, voran natürlich die Philologenschaft und der Minister für Oberlehrer — sie alle heißen aus Leibestrafen und ringsum ist ein in Trümmern gelagertes Schulwesen, von dem

einige lugurids konserviert werden für Oberstudienlehrer, rings ist ein Kämmerchenbauern für die Kinder der Volknot-Gewinnler, rings ist ein Sterben und Verkommen der Volkjugend in verdrehten Zement- und Ziegelkästen. Und auf dem allen lastet das Reichentuch der „Einheitschule“.

Die Privatschulen blühen. Es blüht die Standesborniertheit, die konfessionelle Befangenheit, es blüht das Einkommen mancher dieser Privatschulleiter, der Besitzer dieser Pressen und Paulinstitute, die ihren Schülern die selbstverschuldeten Beförderungen aufzwingen. Aber namenlos ist das Elend der Lehrkräfte, der „Angestellten“ an diesen Schulen. Im Juli 1923 erhält da in Berlin eine Privatschullehrerin bei voller Beschäftigung 4 Millionen, im August alles in allem 13 Millionen Mark Gehalt. Aber — so grausam es klingen mag, dieser organisierte Hungertod ist oft nicht die schlimmste Not. Wer etwas weiß von der Behandlung, die diese Lehrkräfte sich oft müssen gefallen lassen, von der Behandlung, die diese Lehrerinnen in einem sinnlich-duldbenden Idealismus oft wie göttliche Prüfung auf sich nehmen, von dem physischen und seelischen Ausbeutungssystem — „Pflichterfüllung“ fromm benannt —, der begreift es nicht, wie Menschen unter solchen Umständen existieren können, wie Menschen unter solchen Umständen erzieherische Arbeit leisten können, es sei denn in einem Hundebesen mit rosa-frommer Schleiße um den Hals.

Und dabei wäre es für die sich Jahr um Jahr entvölkernden Volksschulen eine ganze Kleinigkeit, sämtliche Privat- und Familienschulen in 3 bis 5 Jahren aufzufangen, anstatt die Volksschulen als Armenschulen verkommen zu lassen; es wäre eine Leichtigkeit, die Lehrkräfte aus den Privatschulen und die etwa 35 000 brotlosen Junglehrer und Junglehrerinnen zu beschaffen, wenn die einflussreichen, vollgestopften Dorfschulen geteilt würden, wenn Klassen- und Schulzusammenschlegungen bei den in der Entwicklung befindlichen Jahrgängen unserer Jugend vermieden würden, wenn für jährliche Versuchsschulen genügend Raum gegeben würde. Dann zählte die Fülle der sich aufstauenden Probleme (der „Auslast“, der Schulbücherfrage, der Kräftigung der Jugend, der Fühlungnahme mit dem lebendigen Alltag) auf den Weg zur wahren Einheits-, Lebens- und Produktionschule, die in innerer Beweglichkeit und Freiheit dem Palast gleiche, von dem Bessing in seiner Parabel (im Anti-Goethe) schreibt. Dann wäre das Ende von Blüte und Elend der Privatschulen, dieser Pilze auf dem faulenden Volkstörper.

### Der Vater des Dr. Wespe.

Heute vor fünfzig Jahren beschloß ein Dichter seine Tage, der zwar nicht Anspruch darauf hat, unter die Klassiker Deutschlands gerechnet zu werden, doch immerhin große Verdienste in seinem Fache besitzt: Roderich Benedig. Aus Leipzig gebürtig, widmete er sich in jungen Jahren dem Schauspielberufe, wurde Leiter angesehener Theater und ertrug sich auch als Vorleser großer Beliebtheit. Ungleich mehr aber leistete er als Schriftsteller, schon durch zahlreiche Skizzen, Erzählungen und populäre Abhandlungen,

ganz besonders aber durch dramatische Werke. Namentlich als Lustspiel-dichter hat er eine Fruchtbarkeit entwickelt, wie wir sie seit Klopstock wohl bei keinem deutschen Autor finden. Schon sein erster dramatischer Versuch „Das demokratische Haupt“ fand stürmischen Beifall. Bald darauf errang er mit seinem „Dr. Wespe“ einen besonderen Triumph und blieb fortan auf der Höhe seines Schaffens. Nachdem er noch als Intendant des Stadttheaters in Frankfurt am Main gewirkt hatte, schied er wegen Kränklichkeit aus dem Bühnenleben, war aber bis zuletzt dichterisch tätig. Nach längerem Leiden starb er in seiner Vaterstadt Leipzig am 26. September 1873 im Alter von 62 Jahren.

Seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts gab es kaum ein deutsches Theater, das nicht immer wieder zu den Lustspielen von Benedig gegriffen hätte, wenn es galt, in den Ernst des Lebens durch gefundenen Humor wohlthuende Abwechslung zu bringen. Auch auf Liebhaberbühnen wurden diese harmlosen Schwänke, besonders die „Einakter“, heimlich, da ihre Aufführung weder in der Technik noch in der Rollenbesetzung große Schwierigkeiten machte. Meist spielen sich die Stücke in bürgerlichen Kreisen ab, bringen originelle Gestalten oder komische Verwicklungen, die regelmäßig zum Guten, namentlich auch zu Heiraten führen, und halten sich frei von Zweideutigkeit und Schlafprügeligkeit. Einige von ihnen, wie „Die jüdischen Verwandten“ und „Das Stiftungsfest“, erscheinen noch heute zuweilen auf der Bühne. R. Sch.

Umwälzung im Verein Berliner Künstler? Der Verein Berliner Künstler hat die Pläne, die sein Künstlerhaus in der Bellevuestraße aufstücken wollten, zum Anlaß genommen, um eine Umwälzung in Haupt und Gliedern zu beginnen. Wie weit das vorläufig möglich ist und ob der Verein im Berliner Kunstleben wieder ein Faktor wird werden können, mit dem man ernsthaft rechnen kann, das soll eine Herbstausstellung als erste Veranstaltung der neuen Ära zeigen.

Als man um Pfingsten die Ausstellungspläne abwenden mußte, wurde eine Arbeitsgemeinschaft im BKK gegründet, die sich klar war, daß alle Kräfte dieser Künstlergruppe auf einen Punkt gelenkt und planvoll zusammengehalten werden mußten, wollte der Verein überhaupt noch weiter existieren. In der Hauptversammlung wurde ein künstlerischer Beirat gewählt, Prof. Paul Plöntze, der Maler; Herbert Arnold, der Maler und Graphiker; Otto Blaczek, der Bildhauer. Um mit künstlerischen Mitteln vor der Desorientierung zu demonstrieren in der Hoffnung, den seit Jahren verlorenen Boden zurückzugewinnen, beschloß man erst einmal, das Ausstellungsraume umzugestalten. In den letzten Monaten wurden die Ausstellungsräume im Künstlerhaus mit neuem Anstrich zweckmäßig hergerichtet, da sich ein größerer Umbau vorläufig verbot, und Mitte Oktober will man nun eine neue Folge von Ausstellungen eröffnen, für die jener Beirat und die Arbeitsgemeinschaft unter Führung des Malers F. W. Panitzsch die Verantwortung übernimmt.

Der Deutsche Arbeiter-Sängerbund (Gau Berlin, Bezirk I) veranstaltete am 29. d. M., abends 7 Uhr, ein Konzert in der Alten Garnisonkirche. Rauten sind noch an der Abendkasse zu haben.

Die Corinth-Ausstellung im Kronprinzenpavillon wird am 8. Oktober geschlossen werden.



## „Die Stunde ist da“ Eine Stimme aus Bayern.

In München erscheint neben anderen völkisch-monarchistischen Blättern auch ein Wochenblatt „Bayern und Reich“, das sich, ähnlich wie der „Miesbacher Anzeiger“ und der „Völkische Beobachter“, in der Beschimpfung der Republik und der „Novemberverbrecher“ ausstößt. Ein Beispiel aus der neuesten Nummer über „die sterbende Novemberrepublik“:

Und wenn man da richtig nachdenkt, kann man zu der Entscheidung kommen, daß die „Republik“ überall anders ausschaut. In Berlin rötlich-rot, in Sachsen und Thüringen blutrot, in Baden rot, in Württemberg hellrot, aber rot ist sie überall und deutsch ist sie nur in Bayern. Und das ist eigentlich gar keine Republik. Oder was haben wir mit den Volksrätern, Böhmschleibern, eiteln Parlamentariern und Strohmannern zu tun, aus denen die Novemberrepublik besteht? Das Deutsche Reich ist 1918 von denen, die mit der Republik haufieren, verraten worden. Seitdem ist Bayern sein Erbe und Verwalter geworden. . .

Vom ganzen „Novemberpakt“ bleibe zuletzt noch Bayern allein über und seine Aufgabe sei, das „Erbe des 1918 erdöhlten Deutschen Reiches“ auch anzutreten und im Bismarckschen Sinne zu verwalten. So ist die Vorbereitung. Dann kommt ein fettdruckter Aufruf unter der Überschrift: „Die Stunde ist da!“, in dem es heißt:

Die Zeit der Kompromisse ist vorbei. Eine Regierung, die jetzt den klaren Weg nach nicht vorgezeichnete Ziele, müßte die Bahn für entschlosseneren Männer freimachen. Heute brauchen wir nicht mehr in das Volk hineinzuordern, seine Stimme dringt vernehmbar genug an jedes Ohr, das sich nicht in trampfaher Verstockung verschließt. Sie zeigt uns, daß die fürchtbare Kervprobe nicht mehr länger ertragen zu werden vermag. Wenn die gefehesmäßigen Gewalten die lähmende Spannung nicht unverzüglich lösen, dann liefern sie, wie vor fünf Jahren, die Massen wieder den trügerischen Lockungen irgendeines Abenteuerers aus.

Darum muß jetzt eine feste Hand ans Steuer greifen. Der Kurs ist unerrückbar vorgeschrieben. Das Reich unserer Väter ist das Ziel; über ein neu gefestigtes Bayern werden wir es erreichen.

Die ganze Tonart läßt darauf schließen, daß die schwarzweißblauen Gegenrevolutionäre ihre Zeit für gekommen erachten. Was neuß der Hauptmann Heiß in Gegenwart Ludendorffs an hochherrlicher Demagogie leistete, wird in diesen Wochenblättern weitergesponnen. Die Regierung der bayerischen Republik ist aber augenscheinlich so kraftlos, daß sie zu solchen Aufforderungen zur Revolution nur zu schweigen versteht. Widerspruch kennt sie nur, wenn eine Anordnung der Reichsregierung auch für Bayern erlassen wird. Wir sind jedoch überzeugt, daß die Wahrung der Republik kräftigeren Händen anvertraut ist als denen der Knilling und seinen Gefolgsleuten. Die Münchener und die übrigen bayerischen Arbeiter haben kräftige Fäuste und glücklicherweise auch eine gute Organisation. Diese „Novemberverbrecher“ werden in Gemeinschaft mit ihren norddeutschen Gefinnungsgenossen jedem Versuch, die Republik zu stürzen, einen starken Wall entgegenzusetzen. Auch sie werden erkennen, wann ihre Stunde da ist!

### Ein Gruß aus Bayern.

Aus Anlaß unseres Artikels in der Sonntagsausgabe „Hände weg von unserer S. A.“ erhielten wir gestern folgenden Gruß aus München:

Werte Genossen!

Im Namen unserer opferfreudigen S. A. herzlichsten Dank für die freundliche Anerkennung. Die nächsten Tage schon können uns vor die ernstesten Aufgaben stellen. Ramm für Ramm geloben wir, uns mit unserem Leben einzusetzen für Republik und Reichseinheit.

Mit freier Heil

gez. B. Buison, A. Dichtl

Genosse Buison ist der Hauptorganisator der Münchener S. A. und Genosse Dichtl Parteisekretär der BSWD. München. Wie sind sicher im Namen nicht nur der Berliner Genossen, sondern auch der Sozialdemokraten und Republikaner ganz Deutschlands zu sprechen, wenn wir diese tapfere Bekundung von Treue zum Reich und zur Republik mit der Versicherung erwidern, daß wir unsere Freunde nicht im Stich lassen werden, die auf exponiertem Posten heute wachen und vielleicht morgen kämpfen werden!

### Hochverräter.

Der Reichsjustizminister hat, wie der „Soz. Parlamentsdienst“ erzählt, den Oberstaatsanwalt beauftragt, sich mit den „freigewählten“ Informationen des „Bayerischen Verlethesbeamten-Vereins“ schnellstens zu befassen und im Ewentualfall das Verfahren wegen Hochverrats gegen den Verbandsvorstand einzuleiten.

Am Mittwoch, den 26. September, abends 5 Uhr, soll in Berlin in den Räumen der Brauerei Köpenick eine kommunistische Betriebsräteversammlung stattfinden. Da nach den polizeilichen Ermittlungen diese Versammlung von den auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik verbotenen Betriebsräteorganisationen ausgeht, wird sie mit polizeilichen Mitteln verhindert werden.

### Unser Sammelname ist Petrow —

wir wissen von nichts!

Berlin, 25. September. (WZ.) Die hiesige russische Botschaft nimmt zu den vom „Vorwärts“ gemachten Mitteilungen über die Aufdeckung von Waffenlagern folgendermaßen Stellung: „In der Botschaft und Handelsvertretung sind nicht nur ein, sondern mehrere Angestellte des Namens Petrow tätig; sie alle erklärten auf Befragen, darunter auch der Referent Petrow, der Exterritorialität genießt, kategorisch, mit den vom „Vorwärts“ angeführten Geschichten nicht das mindeste zu tun zu haben. Es kann sich nach Meinung der Botschaft hier nur um zweierlei handeln, entweder um eine Fortsetzung der von einigen Presseorganen in letzter Zeit wieder vorwärtsgeführten Pressekampagne gegen Rußland und seine hiesige Vertretung oder günstigenfalls um eine irreführende und abwegige Zusammenstellung noch ganz aufklärungsbedürftiger Momente. (1) Die hiesige russische Botschaft nimmt Fühlung mit der deutschen Regierung, um die Angelegenheit restlos aufzuklären.“

Selbstverständlich hat dieses teils dreiste, teils gewundene Dementi nicht das geringste zu bedeuten. Es hat noch niemals eine diplomatische Vertretung zugegeben, daß sie unzulässige Machenschaften treibt. Früher erschienen solche Dementis bei der Entlarvung von Spionen, heute werden sie von der sowjetrussischen Diplomatie herausgegeben, wenn Fälle bolschewistischer Propaganda und dergleichen durch Sowjetvertretungen im Auslande aufgedeckt werden. Daß bei der hiesigen Sowjet-

mission mehrere „Petrows“ — ob richtige oder falsche, lassen wir dahingestellt — existieren, macht die Sache nur noch interessanter, weil sich daraus schier ungeahnte Möglichkeiten ergeben, Ungehelichkeiten zu betreiben, ohne sich erwidern zu lassen. In diesem Falle nützt das Leugnen der „Petrows“ wenig, da man nicht nur Dokumente besitzt (Ausweise und Quittungen der russischen Botschaft), sondern auch die Personen feststellen konnte, die mit Petrow und Fischer über den Ankauf der beschlagnahmten Waffen verhandelt haben. Die Unterstellung von einer „Pressekampagne“ gegen Rußland und seine hiesige Vertretung wirkt angesichts dieser Tatsachen ebenso lächerlich wie die Redensart von den „noch ganz aufklärungsbedürftigen Momenten“.

### Thüringen vor der Entscheidung.

Weimar, 25. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Kommunisten haben auf das Schreiben der sozialdemokratischen Landtagsfraktion inzwischen in einer öffentlichen Erklärung geantwortet. Sie sind bereit, über Einzelheiten des sozialdemokratischen Programms zu verhandeln und glauben, daß eine Einigung möglich ist, wenn die sozialdemokratische Fraktion ihnen in der Schaffung außerparlamentarischer Machtpositionen entgegenkommt. Das heißt nichts anderes, als daß die thüringische Partei den Betriebsrätekongress als entscheidende Instanz für die geschlichen Bestimmungen und dergleichen anerkennen soll. Es ist nicht anzunehmen, daß sich unsere Landtagsfraktion zu diesem kommunistischen Agitationsbedürfnis hergibt. Am Mittwoch mittag um 1 Uhr treten die Unterhändler der kommunistischen Partei und der Sozialdemokratie erneut in Verhandlungen ein. Sollten diese Verhandlungen scheitern, dann dürfte der für Donnerstag einberufene Landtag voraussichtlich mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien und der Unterstützung der Kommunisten seine Auflösung beschließen.

### Landbündler und Währungsreform.

Keine Opfer — aber dafür Forderungen.

Die Ritter von Ar und Halm ziehen nun offen gegen das Währungsprojekt der Regierung zu Felde. Der Reichslandbund läßt in der deutschnationalen Presse erklären, daß der Reichsfinanzminister mit seinem Projekt nichts anderes als eine gigantische Steuererziehungsmaschine schaffen will. Deshalb sei die Zustimmung der Landwirtschaft ausgeschlossen. Wenn man sich schon eine Neubelastung von Grund und Boden gefallen lasse, dann nur unter der Bedingung, daß mit der Einführung des neuen Geldes auch bestimmte Reformen in unserem Staats- und Wirtschaftsleben durchgeführt werden. Die geharnischte Erklärung schließt mit dem Satz: „Ehrliches Geld nicht ohne ehrliche Arbeit.“

Die Landwirtschaft weidet damit ihre Forderungen an. Sie ist keineswegs bescheiden. Schon die Vertreter der Agrarier, die an den Beratungen, die jetzt infolge der außenpolitischen Entscheidungen naturgemäß in den Hintergrund treten mußten, teilnahmen, haben mehrfach durchblicken lassen, daß die Zustimmung der Landwirtschaft zu dem Währungsprojekt des Kabinetts nur gegen Streichung der Betriebssteuer und der Landabgabe zu haben ist. Nun geht man ganz aus der Reserve heraus und verlangt Reformen des Staates und der Wirtschaft. Darunter versteht man „ehrlische Arbeit“. Niemand wird darüber im Zweifel sein, wohin diese Forderung zielt. Ehrliche Arbeit heißt Durchbrechung des Achtstundentages, völlige Willkür in der Ausbeutung des Arbeiters und Verzicht auf die Revolutionserwartungen.

Diese Forderungen des Reichslandbundes sind brutal, aber offen. Man kann wohl sagen, daß die Notlage des Staates und der breiten Massen noch nie schmerzloser von einem Teil der Bevölkerung, der eben aus der Not des Vaterlandes seine gegenwärtige ökonomische Stärke gezogen hat, ausgenutzt wurde, um besondere Interessen durchzusetzen. Wie sieht in Wirklichkeit das Opfer aus, das die Landwirtschaft nach dem Regierungsentwurf bringen soll, und welcher Art sind die Vorteile, die der Regierungsentwurf gerade der Landwirtschaft zuschuldet? Ohne Zweifel werden gerade die Landwirte an dem wertbefähigenden Geld profitieren. Der Regierungsentwurf gibt ihnen die Hälfte des Notenprivilegiums. Was gibt die Landwirtschaft dafür? Nach dem Regierungsentwurf soll nicht eine fünfprozentige Belastung nach dem Wehrbeitrag, wie ursprünglich geplant, erfolgen, sondern nur eine dreiprozentige. Dabei ist diese Belastung nur eine Garantleistung, denn der Landwirt hat für die ihm auferlegte Hypothek Zinsen abzuführen, die wahrscheinlich nicht einmal 6 Proz. betragen werden. Er zinst aber nicht umsonst ab. Aus dem bilanzmäßigen Reingewinn bekommt er nämlich 3 Proz. auf seine Anlage zurückvergütet, und der Rest des Reingewinns bietet den Anteilseignern, unter denen die Hälfte die Landwirte vertreten, immer noch die Möglichkeit, den Einlegern weitere Vergütungen zukommen zu lassen. In Wirklichkeit wird also der landwirtschaftliche Besitz nur mit einem Zinssatz belastet, der weit unter 3 Proz. des Wehrbeitrages liegt. Während die breiten Massen der Bevölkerung bis weit in die Hundertkreise hinein die Inkassosteuer bezahlen und beträchtliche Teile ihrer Substanz eingebüßt haben, hat die Landwirtschaft aus der Not des Volkes Nutzen gezogen und ihren Besitz schuldensfrei gemacht. Es steht fest, daß gerade sie aus den vorhandenen Vermitteln die Belastung in kürzester Zeit abtragen kann. So sieht in Wirklichkeit die Neubelastung von Grund und Boden aus. Man fragt sich allenthalben und mit allem Recht: Ist das überhaupt ein Opfer, das der Landwirtschaft zugemutet wird? Nein, es ist kein Opfer. Es ist darum aber eine Frechheit, Forderungen aufzustellen, wie es sich der Landbund in der größten Not des Volkes erdreistete.

Der bekanntgewordene Währungsentwurf ist lediglich als Referentenentwurf aufzufassen. Er hat die Zustimmung weder des Reichsfinanzministers noch des Kabinetts gefunden. Unentgeltlich ist an ihm vor allen Dingen die starke Anlehnung an den heftigsten Plan. Wie wir von maßgebender Stelle erfahren, wird der Reichsfinanzminister in Kürze die Gewerkschaftsvertreter empfangen, die über ihre Meinung bis jetzt noch nicht geäußert worden sind. Sie werden den nötigen Kommentar zu den Forderungen des Reichslandbundes geben.

### Poincarés Programm.

Paris, 25. September. (WZ.) Havas sagt in einer offiziellen Mitteilung: Das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten hat nur durch die Presse Kenntnis von dem Entschluß der Regierung Stresemann, den passiven Widerstand zu beenden. Dem französischen Volkshofier in Berlin ist keine offizielle Mitteilung zugegangen. Es ist nun, nachdem die Zurückziehung der Verordnungen einmal erfolgt ist, eine neue Lage geschaffen, die die Eröffnung von Verhandlungen zwischen Deutschland und den Alliierten gestattet wird. Zwischen den alliierten Regierungen wird unverzüglich ein Meinungsaustrausch eingeleitet werden, und es ist wahrscheinlich, daß Poincaré in erster Linie mit den belgischen Ministern verhandeln wird. Der Ministerpräsident kehrt heute abend nach Paris zurück.

## Wirtschaft

### Für einheitliche Goldrechnung.

Lange ehe man an den Wiederaufbau einer Währung in amtlichen Kreisen gedacht hat, haben sich die Gruppen der Großwirtschaft, also besonders Produzenten und Handel, den Folgen der Geldentwertung dadurch zu entziehen gesucht, daß sie nicht mehr in Papiermark, sondern in Goldmark rechneten. Ihre Vormacht, begründet in festgefühten Syndikaten und Kartellen, ermöglichte es ihnen, das Risiko des Wertschwundes auf den schwächeren Teil, also Kleinhandel und Verbraucher, abzuwälzen. Wir haben gelegentlich darauf hingewiesen, welche wilden Mißstände auf diesem Gebiete eingetreten sind. Ein Verband rechnete die Goldmark gleich dem Schweizer Franken, der nur 80 Goldpfennige wert ist, andere teilten den Dollar durch 4, um eine „Goldmark“ zu erhalten, obwohl der Wert der Goldmark, genau gerechnet, höher, nämlich 1:4,20, ist. Wieder andere Verbände machten es besonders schlau. Sie schrieben ihren Abnehmern Zahlungsbedingungen vor, die Goldmarkrechnung vorschrieben, wenn der Dollar stieg, die aber automatisch der Papiermark zu ihrem Rechte verfallen und diese in Rechnung stellten, wenn der Dollar fiel. Geradezu unerschöpfliche Möglichkeiten der Ueberverteilung des jeweils Schwächeren bot die Streitfrage, welcher Umrechnungssturz nun gelten sollte, der des Jahrestages oder ein anderer innerhalb gewisser Fristenstermine usw.

Die Ueberpannung der Kartellbedingungen hat denn auch die Absatzkrise und damit den Mangel an Beschäftigung in der Industrie außerordentlich gefördert. Alle Proteste von Abnehmerkreisen, sowohl von Endverbrauchern wie von Händlern und Arbeitern, blieben erfolglos. Jetzt ist aber der Streit der Interessengruppen so weit gediehen, daß der Reichsverband der deutschen Industrie für die einheitliche Durchführung der Goldrechnung nachstehende Richtlinien aufgestellt hat:

1. Goldrechnungen werden ausgestellt in Goldmark oder in Dollar, 1 Goldmark = 1 Dollar:42.

2. Zahlung erfolgt durch:

a) Gold-Giroüberweisungen, Goldscheeds, Goldwechsel;

b) Depisen, soweit gesetzlich zulässig;

c) nach freier Vereinbarung Dollarschajonweisungen, Goldbankecheine und ähnliche Anteilcheine.

3. Die Guthrift der unter b) und c) angeführten Zahlungsmittel erfolgt am Tage und zum Briefkurs der nächsten Berliner Börsennotierung nach dem Tage des Eingangs.

Solange und insoweit Zahlungen in den in Ziffer 2 angeführten Werten nicht erfolgen können, wird der Papiermarkbetrag zum Dollarkurs (für telegraphische Auszahlung New York) des dem Zahlungseingangstages nachfolgenden Berliner Börsentages in Goldmark umgerechnet. Hiernach verbleibende Restbeträge werden in Goldmark weitergeführt und nach den vorstehenden Grundsätzen in Papiermark umgerechnet. Es bleibt jedoch dem Verkäufer unbenommen, sich mit dem Käufer allgemein oder für den Einzelfall über eine anderweitige Abbedingung der Restbeträge zu verständigen.

Solange und insoweit die offizielle Dollarnotierung nicht den tatsächlichen Verhältnissen entspricht, soll eine Reparationsklausel ausnahmsweise zugelassen werden. Die Voraussetzung für diese Ausnahme prüft eine vom Reichsverband der deutschen Industrie einzusetzende Kommission.

Mit dem Wesen der Goldrechnung unvereinbar und unzulässig sind Bestimmungen, wonach der nach dem Rechnungsdatum oder einem anderen Datum vor der Fälligkeit umgerechnete Papiermarkbetrag als Mindestbetrag für die Zahlung der Goldrechnung in Papiermark bestimmt wird.

5. Für Zahlüberweisung und Guthrift gilt als Tag des Zahlungseingangs derjenige Tag, an welchem beim Verkäufer die Guthriftsanzeige eingeht.

6. Bei Zahlungen nach Fälligkeit werden unter Vorbehalt der Geltendmachung anderer Rechte Bankzinsen und -kosten berechnet.

7. Die Richtlinien haben keine rückwirkende Kraft.

Der Reichsverband bemerkt dazu:

„Der Reichsverband ist sich bewußt, daß gegen gewisse Punkte der Richtlinien Bedenken bestehen können. Bei der Aufstellung der Richtlinien, die in langwierigen Verhandlungen erfolgte, wurden alle vorgebrachten Bedenken, Wünsche und Anträge eingehend gewürdigt und soweit sie irgend möglich berücksichtigt. Man kam in den Beratungen zu dem Ergebnis, daß eine ideale Lösung, die allen beiderseitigen Wünschen gerecht wird, nicht möglich ist. Soweit wie angängig wurden aber die Wünsche der Lieferanten und Abnehmer in den Richtlinien berücksichtigt. Wenn es gelingt, die Richtlinien einheitlich in der gesamten Industrie durchzusetzen, so wird ein erheblicher Teil der Bedenken beseitigt. Die Vorteile, die eine einheitliche Goldrechnung bietet, sind auf jeden Fall bei weitem größer als etwaige Nachteile, die sich in Einzelfällen ergeben. Der Wert und Erfolg der Richtlinien hängt einzig und allein von ihrer einheitlichen Durchführung ab. Die Geschäftsführung des Reichsverbandes der deutschen Industrie ist beauftragt, über vorstehende Richtlinien mit den Spitzenorganisationen der Wirtschaft zu verhandeln. Mit dem Vorstand der Berliner Börse und dem Direktorium der Reichsbank wird darüber verhandelt, daß die Depisennotierung der Berliner Börse wieder den tatsächlichen Verhältnissen entspricht, widrigenfalls in den Richtlinien eine andere als die Berliner Börsennotierung eingesetzt werden müßte. Zweckmäßiger der Durchführung der Richtlinien werden zur Behebung von Zweifeln sowie zur Aufklärung in Kürze Erläuterungen bekanntgegeben werden.“

Man kann dem Reichsverband wirklich nicht den Vorwurf machen, daß er diese Richtlinien um der schönen Augen der Verbraucher willen gemacht hat. Dennoch ist jede einheitliche Regelung dem anarchischen Zustand vorzuziehen, der jetzt den Warenmarkt beherrscht und der zu einer Unsumme von Reibungen und unnötiger Arbeit Anlaß gibt. Eine Stärkung des Warenmarktes ist von diesen Richtlinien nicht zu erwarten, solange die erdrückende Mehrheit der Endverbraucher, die Lohn- und Gehaltsempfänger, weit unter dem Goldwert der Arbeitskraft entlohnt werden. Nur eine Stärkung der Kaufkraft durch eine wirtschaftlichere Produktionsweise und Verzicht auf Uebergewinne und damit verbundenen niedrigeren Warenpreisen können aus der Arbeitskrise herausführen, die jetzt immer mehr um sich greift.

**Verflechtung der Beschäftigung der Metallindustrie.** Die Arbeitslage in der Metallindustrie vom 2. bis 8. September gestaltete sich nach den Erhebungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes folgendermaßen: Von 1767467 erfassten Arbeitern waren 1196331 = 67,7 v. H. (in der Vorwoche 73,2 v. H.) Volkarbeiter, 447083 = 25,3 v. H. (20,3 v. H.) Kurzarbeiter, 123293 = 7,0 v. H. (6,5 v. H.) Arbeitslose. Den günstigsten Beschäftigungsgrad weisen die Bezirke Königsberg mit 90,0 v. H., Stettin mit 87,3 v. H. und Berlin mit 87,2 v. H. an. Die Kurzarbeiter auf. Die Kurzarbeiter sind am stärksten vertreten in den Bezirken Köln mit 51,6 v. H., Stuttgart mit 44,2 v. H. und Hagen mit 35,6 v. H. Die Zahl der Arbeitslosen ist am höchsten in den Bezirken Hagen mit 24,6 v. H. und Köln mit 15,5 v. H. Die Zahl der arbeitslosen Mitglieder betrug in den verschiedenen Verwaltungen 71 v. H. gegenüber 6,8 v. H. in der Vorwoche. Die Arbeitslage hat sich weiter verschlechtert. Die Kurzarbeiter gingen von 73,2 v. H. in der Vorwoche auf 67,7 v. H. zurück, während die Zahlen der Kurzarbeiter und Arbeitslosen entsprechend stiegen.







Jugendliche im Kino.

Das fehlende Heim. — Ein Appell an die Eltern.

Ueber die verderbliche Wirkung zahlreicher Kino-Schauderromane ist viel geredet und geschrieben worden — nicht in allen Zeitungen — denn man will nicht auf die schöne Einnahme der Kino-Ankündigungen verzichten. Tatsache ist, daß die Kinofujets Seelengift sind, die Jugendlichen aber anziehen, wie das Licht die Motten. Sie können sich ihr Dasein kaum noch denken, wenn sie nicht mindestens einmal wöchentlich im Kino waren.

Folgen des Wohnungselends.

Ein Mißverhältnis für die Anwesenheit und Anwesenheit der Jugendlichen ist natürlich das grauenhafte Wohnungselend. Wo die ganze Familie in einem einzigen Raume hockt, wo es nach allen möglichen Ausdünnungen riecht, wo das stete Beieinandersein verschiedene geartete Charaktere oft Szenen heraufbeschwört, die an Häufigkeit nicht zu überbieten sind, dort ist die häusliche Atmosphäre mit Giftstoffen geladen, die das Nervensystem zermürben und zerrütten, dort ist die Sehnsucht, zu flüchten, sei es nur auf Stunden, begreiflich. In solchen Wohnlöhern entwirrt alles: Liebe, Freude, Versehen, Interessengemeinschaft — alles strebt auseinander. Keiner liebt sein Heim, es trägt ja den Namen zum Hohn. Keiner freut sich, nach getaner Arbeit in seine vier Wände zu kommen, denen jede Gemütlichkeit fehlt, es ist eben kein „trautes“ Heim. Schnell essen, umziehen und dann fort, wie hinausgepeitscht. Wohin? — — — Arme heimliche Jugend! Unter diesem Gesichtspunkt muß der Kinobesuch der Jugendlichen verstanden werden, wenn man ihn auch nicht billigt. Der Besuch dieser Stätten, die nur Pflastergold, nur taube Kerne in augenblinzender Aufmachung darbieten, ist längst zur Sucht, zur Krankheit geworden. Es ist aber auf der anderen Seite unzulässig Schuld der Eltern und Erzieher, die ein bedenklich weites Gewissen haben und ihre Halbwilligen nie fragen: Wo und mit wem verbringst du deine Feiertage? Wenn sich der Junge, das Mädchen „etwas geholt“ hat, ja, dann ist die Klage groß. Dann werden alle Instanzen angerufen und sollen helfen, was jene veräumelten. Was soll man, um nur einige Beispiele anzuführen, dazu sagen, daß Eltern ihre Kinder mit vollem Wissen und Einverständnis auf die schiefste Ebene bringen? Zeugt es von elterlicher Verantwortung, wenn Minderjährige von ihren sogenannten „Bräutigams“ vollständig ausgehoben werden und die Eltern daran genießend partizipieren? Bewußt, momentan sind die Eltern eine Last los, aber auf wie lange? Dann die abtrübnenden Jugendlichen werden eines Tages aufgegriffen und in die Zwangserziehung gebracht. Diese Fälle häufen sich, obwohl oft müde Richter wachen und nur Schulaufsicht verhängen. Wo soll es hinaus, wenn Eltern — nicht aus Protestantentum — ihre kaum fünfzehnjährigen einem Ausländer anvertrauen, damit er ihr „Berlin zeige“, das Mädchen dort einmietet, es geschlechtlich als sein unpersönlichstes Eigentum betrachte! In einem anderen Fall finden es Eltern ganz selbstverständlich, daß ihre Sechzehnjährige ein „reines“ Verhältnis hat und daraus ihre „Vorteile“ ziehen. Das ist wohl das Verwunderlichste, was es geben kann, wenn Eltern ihre Minderjährigen körperlich preisgeben und so bewußt zur Sittenverwilderung beitragen.

Die Verantwortlichkeit der Jugendlichen.

Selbstverständlich müssen die Eltern, die es angeht, ihr Gewissen schärfen und hinsichtlich des Kinobesuchs ihrer Halbwilligen. Die freie Vereinigung großstädtischer Jugendämter hat auf ihrer letzten Tagung in Berlin die Forderung erhoben, die Überwachung der Jugendlichen Lebensbeschauer durch ehrenamtliche Persönlichkeiten in Deutschland einzuführen. Ferner wurde gefordert die strafrechtliche Verantwortlichkeit der Jugendlichen für den Besuch von Erwachsenen-Parasiten. Bisher wurden im Uebertretungsfall nur die Kinobesucher bestraft. Das ist natürlich eine nicht zu billigende Einseitigkeit. Warum denn nicht auch die Eltern haftbar machen? Von den Jugendlichen kann Einsicht und Erkenntnis nicht immer und allein erwartet werden. Eitliche Reife muß in erster Linie von den Eltern gefordert werden. Denn die Jugendlichen durchlaufen gerade in der Zeit vom 14. bis zum 21. Lebensjahre so viele Stadien leiblicher und seelischer Entwicklung, daß es schwer fallen dürfte, ihren Reifegrad für sittliche Defekte sicher festzustellen. Es handelt sich in diesem Alter um eine Gruppe von Menschen, die in ihrem Wesen und

Mandel begriffen ist. Darum muß erziehungsunfähigen Eltern durch Bestellung von Erziehungshelfern eine Stütze gegeben werden. Nicht in allen Fällen sind die Jugendlichen zu betrachten. Abgesehen davon, daß die heutigen Reformbestrebungen der Jugendfürsorge dahin gehen: „Mehr Erziehung, weniger Strafe!“ Aus pädagogischen Gründen läßt sich aber Straf- und Erziehungsgewalt nicht gut trennen. Pflichtvergessene Eltern werden in Zukunft — nach dem Inkrafttreten des RStGB. ganz sicher — damit zu rechnen haben, daß sie energischer an ihre Erziehungspflicht ihren Sprößlingen gegenüber gemahnt werden.

Eine vorbildliche Organisation.

Die Stadt Neudorf in der Tschechoslowakei hat eine nachahmenswerte Organisation der Jugendlichsenbeaufsichtigung bei Kinovorstellungen und Tanzunterhaltungen getroffen. Neudorf, ein Ort mit 7000 Einwohnern ist, wie die „Jugendfürsorge“ in Heft 3, 1922 berichtet, in 8 Bezirke eingeteilt. Für jeden Bezirk ist ein ehrenamtlicher Berufsvormund bestellt. Diese Berufsvormünder sind mit einer gerichtlich bestätigten Legitimation ausgestattet und kontrollieren mit Unterstützung der Ortpolizei die Kino- und Vergnügungstafeln, halten Umschau und fordern in zweifelhafte Fällen die mit Lichtbild versehene Legitimation des Jugendlichen. Jugendliche unter 16 Jahren beiderlei Geschlechts müssen sofort das Lokal verlassen und werden außerdem, wie auch der Veranstalter, Gastwirt, Kinobesitzer, zur Anzeige gebracht. Derartige Verbote bestehen natürlich in Deutschland auch. Aber — wie werden sie gehandhabt? In den größeren Städten wird das Verbot energischer durchgeführt. Aber auf dem Lande steht es damit noch sehr über aus. Nicht zuletzt infolge der Verfallens- und Verantwortungslosigkeit vieler Eltern. Nicht nur Behörden können das liebe Publikum schikarieren sondern auch umgekehrt ist es oft der Fall. Wehe dem Landjäger, Gendarm oder dem sonstigen Polizeioffizier, wenn er eine Tempelaustragung vornehmen würde dort, wo die Eltern der Aufsicht sind, daß Kino etwas „Schönes“ ist. So geschieht es leider häufig, daß das Auge des Gesetzes das eine Auge ganz zudrückt und durch das andere nur mit einem Spalt und lieber nichts sieht.

Wenn wir mit unserer Jugendfürsorge nicht ständig Wasser in ein durchlöcheretes Faß schöpfen wollen, müssen Maßnahmen getroffen werden, die geeignet sind, Abhilfe zu schaffen auf möglichst schmerzlosem Wege, d. h. den die Aufsicht führenden Polizeioffizieren müssen ehrenamtliche Helfer beigegeben werden. Das braucht nicht immer ein Mann zu sein. Man wähle neben den beruflichen Fachkräften ruhig auch Mütter, Frauen aus einfachen Kreisen, denen der Besuch der Kinos durch Jugendliche längst schon ein Dorn im Auge ist. Sie werden schon die rechten Worte treffen und auch den rechten Blick mitbringen für das, was not tut. Denn Erziehung soll nicht immer von „oben“, auch nicht durch die Polizei verhängt werden, sie muß aus den Reihen kommen, die am meisten durch Erziehungsfehler zu leiden haben. Die in Stadt und Land zu errichtenden Jugendämter (nach dem RStGB.) haben auf diesen Punkt unbedingt Wert zu legen und Kommissionen zu bilden, die den Jugendschutz zu ihrer besonderen Aufgabe machen. Nicht immer strafen, sondern mehr erziehen und nicht mit der Hand, sondern mit Kopf und Herz vorgehen!

Die neuen Postgebühren.

Am 1. Oktober tritt im Post- und Postfachverkehr eine neue Gebührenerhöhung in Kraft. Es werden kosten: Postkarten im Ortsverkehr 400 000 M., im Fernverkehr 800 000 M. Briefe im Ortsverkehr 800 000 M., im Fernverkehr 2 Millionen Mark. Drucksaften 400 000 M. Päckchen 4 Millionen Mark. Pakete in der ersten Zone bis drei Kilogramm 4 500 000 M., in der zweiten Zone 9 Millionen Mark, in der dritten Zone ebenfalls 9 Millionen Mark. Zeitungspakete bis 5 Kilogramm in der ersten Zone 3 500 000 M., in der zweiten und dritten Zone 7 Millionen Mark. Postanweisungen bis 50 Millionen Mark 400 000 M., Zahlkarten bis 50 Millionen Mark 100 000 M.

Gesetzesänderung Groß-Berlin.

Zu den Ausführungen des Genossen Schünning erhalten wir eine Zuschrift des Landrats von Niederbarnim, Genossen Schlemminger, die wir wiedergeben, trotzdem wir die Auffassung der Landräte der Berlin benachbarten Kreise nicht teilen. Die Schwierigkeiten, die sich für die Weiterexistenz der Nachbarkreise ergeben, können nur durch eine Neuregelung der Kreiseinteilung überhaupt behoben werden. Auf keinen Fall kann einer Verminderung des Groß-Berliner Gebiets zugestimmt werden. Das ergibt sich zur Genüge aus der ganzen Geschichte der Entstehung der Groß-Berliner Gemeinde, die nicht eine Erfindung der Sozialdemokratien, sondern eine natürliche Folge der Entwicklung ist, die bereits vor dem Kriege zum 3. Bund der Groß-Berlin geführt hatte.

Der Ausschuss des Genossen Stadtrat Schünning befaßt sich ausschließlich mit der inneren Organisation der großen Einheitsgemeinde. Er hat unzweifelhaft recht, wenn er darin die Hauptaufgabe erblickt und in diesem Sinne kann auch der Satz „Die Territorialfrage dürfte kaum größere Bedeutung erlangen“ nicht beanstandet werden. Das darf aber nicht so aufgefaßt werden, als ob diese letztere Frage überhaupt bedeutungslos sei. Dies wäre ein schwerer Irrtum. Im allgemeinen wird ja unzweifelhaft an der neuen Abgrenzung Berlins festgehalten werden müssen, dagegen hat sich diese Abgrenzung in einzelnen unzweifelhaft als in höherem Maße verderblich, sowohl für die in den äußeren Bezirken wohnhaften Personen, als auch gerade für die Finanzen der Stadt Berlin erwiesen. Der Stadtkammerer Karding hat einwandfrei wiederholt dargelegt, daß die Lasten, die der Stadt Berlin durch diese Außenbezirke auferlegt werden, in gar keinem Verhältnis stehen zu dem Steueraufkommen dieser Gebiete. Das komplizierte Verwaltungssystem wirkt sich gerade dort am unerträglichsten aus. Man braucht sich ja nur an irgendeinem einfachen Beispiel herumzuwenden, wie schwierig und kompliziert es für die Stadterwaltung ist, auch die einfachsten alltäglichen Kleinigkeiten in diesen Außenbezirken zu erledigen, wie ungebührliche Kosten durch die Beamten und Bauaufträge entstehen, die gezwungen sind, sich an Ort und Stelle jedesmal zu informieren. Umgekehrt lassen sich die Schwierigkeiten für die Einwohner selbst bei den schlechten und teuren Verkehrsverhältnissen heute auch nicht mehr annähernd schätzen. Deshalb wäre es dringend zu wünschen, wenn bezüglich der äußeren Abgrenzung der Stadttag möglichst bald die bessernde Hand anlegte und den Umfang der richtigen Einheitsgemeinde auf die Gebiete zurückführte, die ursprünglich für die Eingemeindung in Aussicht genommen waren.

Alles um 2550 Mark.

Wie die Reichspost an ihrer Zerstörung arbeitet.

Es wird so viel über die stinkos Bürokratische Wirtschaft bei der Reichspost gesprochen, die notwendigerweise zum Zusammenbruch führen müsse, ohne daß — wie ihre Verteidiger behaupten — dafür praktische Belege erbracht werden. Wir möchten deswegen heute einen authentischen Beweis für die Richtigkeit jener Behauptungen erbringen.

Bis vor kurzem wurden die Fernspreckgebühren durch den Geldbriefträger bei dem einzelnen Telephoninhaber eingezogen. Neuerdings ist das anders geworden. Der Postbote bringt eine mit der Adresse des Telephoninhabers versehene bedruckte Postkarte mit Rückantwort. Darauf sind die Kosten vermerkt. Diese Kosten sind dann innerhalb 14 Tagen entweder durch Barzahlung beim Postamt oder durch Ueberweisung auf Postcheckkonto zu bezahlen. Bei einem Freund unseres Blattes ergab sich dabei das Folgende: Er erhielt am 13. September über Ortsgespräche im Monat August eine Rechnung in Höhe von 2550 Mark! Das bare Geld mitzunehmen, lehnte der Postbote ab. Das ist nicht mehr zulässig. Am 16. September wurde das Geld an die angegebene Postchecknummer durch Postcheckformular überwiesen. Am 22. September kam vom Postcheckamt die Mitteilung an den Telephoninhaber, daß seine Ueberweisung nicht ausgeführt werden könne, denn er habe neben der richtigen Postchecknummer noch den Vermerk Postamt Vechtersee gemacht (der Zahlungspflichtige wohnt in Vechtersee), während der Vermerk — „Fernspreckrechnungsamt Berlin D. 27, Ragozinstraße“ laute. Der Telephoninhaber überwies nunmehr

Das Verbrechen der Elise Seitler.

1) Novelle von Hermann Kesser.

Noch vor wenigen Jahren konnte man in Berligensfeld, herrt an einer alten Holzbrücke am Berlig Bach, und zwischen alten Kastanienbäumen das kleine weiße Landhaus sehen, in dem Gertrud und Otto von Sohr, die beiden Geschwister, mit ihrer alten Dienerin Elise Seitler wohnten, als sich die Geschichte zutrug, die ich auf diesen Blättern aufzeichnen will. Inzwischen hat die nahe Großstadt, die das nachbarliche Land mit samt den Dörfern darauf verschlang und verwandelt, auch diese Stätte vernichtet. Ein mächtiges Maschinenschloß mit Türmen und hohen Kaminen steht an der Stelle des weißen Hauses, und darin toben Tag und Nacht in eiserne Kästen versperrte Schaufelräder und drachmispinnene Stahlringe; der vordem so rauschende Fluß ist in ein enges Bett aus kahlem Zement gezwängt, die buschigen Uferhänge sind verschunden, und dort, wo die alte Holzbrücke zitterte, ist ein festes Stauwehr. Die Wasser fließen jetzt zahm und nützlich dahin, Berligensfeld ist ein Vorort der Residenzstadt geworden und das Maschinenschloß hat die Sorge dafür übernommen, daß am Tage die Stadtbahnen ohne Pferde durch die Straßen rollen und daß zur Nachtzeit auf hohen Masten elektrische Lampen hellglühend aufbrennen können. Das Dörfchen aber ist nicht mehr, denn die Bauernhütten, die dereinst schmal und dunkel und wie in der schwarzen Erde der Obstgärten verfunken an den Hügeln klebten, haben einer neuen Villenkolonie städtischer Beamter Platz machen müssen, und nur die Kirche mit dem Friedhof darum, ein kleines in Eisen versponnenes Gotteshaus, in dem längst keine Messe mehr gelesen wird, ist als einzige Erinnerung an die Vergangenheit übrig geblieben. Hier sieht man auch an hellen Sommermorgen oft die Stadtkinder und ihre Eltern — in ehrfurchtigen Gesichtern um einen verwitterten großen Denkstein stehen, auf dem sich ein bronzenes Kreuz erhebt, um das Denkmal der Gefallenen in der Berligensfelder Bauernschlacht. Und dies war der Stolz der Berligensfelder, daß sich im achtzehnten Jahrhundert in einer düsteren Landesstunde — als der Kurfürst mit seinen Soldaten im fernen Osten am Donaustrand gegen die Türken zogt und der weisse Feind in die unbemehrte Heimat fiel — Berligensfelder Bauern an die Spitze der Freischaren stellten, um die Welschen zum Lande hinauszujagen. Mit schweren Jagdbüchsen und blanten Senfen rückte der treue Bauernjorn aus dem bergigen Hinterland zur Rettung der Hauptstadt aus,

Aber schon bald hinter Berligensfeld begegnete er den Gemeinläufen der Schützenpatrouillen und den Lanzenspitzen der Reiter. Wohl schlugen sich die ulerföhrigen Bauern wie Heiden, wohl brachten sie, die von dem Grimm und der Wut bis über menschliche Kräfte hinaus bemannet waren, viele der feindlichen Streiter vom Leben zum Tod, doch schwanden die rasenden Gemüthshäuser bald auf ein schmähliches Tripplein zusammen, das sich am Ende des Tages auf dem Kirchhof von Berligensfeld verschanzte. Dort hielten sie stand, bis die Kanonen die Mäuren wegräumten und die Panzen und Gewehre die verbliebenen Streiter auf die verwüsteten Kreuzhügel niederwarfen, wo sie sterbend über den Gebelnen der Toten zusammenbrachen. An ein halbes Tausend Oberländer Bauern verloren bei dem mühsamen Kampfe ihr Blut, viele wurden in den Tagen darauf von herumstreifenden Reitern ausgegriffen und als Rebellen erschossen. Die Namen der Tapfern, die zwischen den Leichensteinen auf dem Totenacker gefallen waren, verzeichnete — dereinst in kaum lesbaren, verwachsenen Lettern — eine Tafel auf dem Denkstein.

Einen von diesen Namen — man findet ihn noch heute in der neu vergoldeten Inschrift — konnten die Sohr'schen Geschwister seit ihrer Kinderzeit und hatten ihn wohl hundertmal buchstabiert, den des Rotenführers Franz Laver Weiler. Bauern von Berligensfeld und Urgroßvaters ihrer zuverlässigen Dienstmagd Elise, mit der sie nicht selten aus dem schönen Haus in der Stadt über Land geschickt wurden, wobei Elise mit Vorliebe ihr heimatliches Dörfchen aufsuchte, das zu jener Zeit, auf einem schattigen Uferweg erreichbar, noch durch Felder und Wälder, die längst niedergestampft und zertrümmert sind, von der Stadt geschieden war.

Damals drückten die Kleinen, wenn sie von der Nachmittagswanderung über das abendröthliche Land ins Elternhaus zurückgekommen waren, ihren weichen Rindermund auf die Wangen einer zärtlichen Mutter, die, selber zu schwach, um mit ihnen zu gehen, nur ihr Antlitz mit den verlockenden Augen aus ihrem Leidensstuhl sehnsüchtig nach ihnen wenden konnte. Ihr erzählten sie auch von den Begebenheiten auf dem Friedhof und von einem kleinen Bauernhaus unterhalb der Kirche, das in einem dichten und scharf verwachsenen Wald von Johannisbeersträuchern lag, von denen sie im Juli so viel essen durften, wie sie wollten. Das Haus aber gehörte einer feinsten Bode der Dienerin, einer schwerhörigen verfallenen Frau, und darin hing auch noch in einer dumpfen Stube ein buntes Bildnis, der Freischarenkommandant Weiler, ein scharf blickender Mann mit einem großen schwarzen Vollbart und einer Sturmhaube über der strengen Stirn. Ihm gegenüber

aber bewunderten die Kinder das Porträt einer schönen Frau in einem silberverschmückten Nicker und einer Regenschirme auf dem Haargeslecht, der Mutter Elises. Was die zwei Frauen miteinander besprochen, davon vernahm die Geschwister nicht viel. Aber es mußte wohl häufig von traurigen Dingen die Rede sein, denn Elise kam bisweilen mit verweinten Augen aus der niederen Stube in den Garten heraus und ging dann am Heimweg still und nachdenklich hinter den Kleinen her, wuschte mit der rauhen Hand oft verstohlen über das verflummerte Gesicht und schaute verlegen zur Seite, wenn sie merkte, daß der Blick der Kinder erschauert und fragend über sie hinstreifte. An einem solchen Tage war es gewesen, daß Gertrud als achtjähriges Mädchen unter dem dreiteiligen Stadttor aus roten Backsteinen, das heute noch steht, zwischen die harten Hufe zweier Wagenpferde geriet und zermalmt worden wäre, hätte sich nicht die Dienerin mit einem Auffschrei auf das Kind gestürzt und es mit ihrem Leibe gedeckt. Das Kind kam heil aus dem Tumult der zitternden Vierbeine hervor, Elise aber, der es dunkelrot aus der Schläfe rann, schaffte man wachsbleich und bewußtlos auf einer Bahre, der die Kinder weinend folgten, nach Hause. Das Schicksal der Dienerin aber war seither an das Glück des Mädchens gekettet. Vom Krankenzimmer, das sie mochenlang nicht verließ, mußte man sie schon nach wenigen Tagen aus der Wägebekammer an das Bett der sterbenden Herrin des Hauses tragen, die ihr wartlos, aber mit bittenden ängstlichen Augen die Hand drückte. Zehn Jahre vergingen, dann folgte der Frau der verschollen und wunderbarlich gewordene Gatte, der pensionierte Oberst, der sich mit wenig Erfolg als Geschäftsmann und Unternehmer versucht hatte und, wie man sagte, auch zuletzt dem Glücksspiel ergeben war, als müder Mann in den Tod. Noch an seinem Sarge mußten der Sohn, der inzwischen ein träumendes Studentenleben begonnen hatte, und die Tochter, die ein stilles, doch blühendes Mädchen geworden war, aus dem Glauben erwachen, daß ihnen fürderhin ein reiches Dasein beschieden sei. Es blieb, als die grausame Rechnung gemacht war, nur soviel zurück, daß die Geschwister außerhalb der teuren Stadt würdig, aber bescheiden leben konnten. Der Zufall wollte es, daß in Berligensfeld ein einfaches Landhaus um billiges Geld feil war, und so geschah es, daß Elise Seitler, die Dienerin, verarbeitet, bitter und gramlich geworden, als Greisin mit grauem Scheitel wieder in ihrem Heimatort zu wohnen kam, wo sie den verarmten Geschwister mit Hilfe eines Dorfmadchens den Haushalt führte. Das war am Ende der siebziger Jahre.

(Fortsetzung folgt.)



